

Alle Rechte beim Urheber.

Abdruck nur gegen Belegexemplar, Honorar plus 7% MwSt.

### **Von der verteilten Exzellenz zur vernetzten Exzellenz**

Exzellenz ist wenn alles glänzt. Das stimmt auch für die Exzellenzinitiative, selbst wenn dies so nicht intendiert war. So strahlt die deutsche Hochschullandschaft in neuem Glanz. Doch anstatt herausragender Leuchttürme, soll deren Erscheinungsbild nun doch eine Wolkenkratzerskyline prägen, indem die Etagen sämtlicher Universitäten aufgestockt werden. Das ist richtig, hätte man aber auch gleich so benennen und anpacken können.

In der letzten Stunde für die Wissenschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung regte Bettina Martin, Wissenschaftsministerin in Mecklenburg-Vorpommern, an, für die nächste Runde der Exzellenzstrategie ab dem Jahr 2026 Verbundanträge aufzuwerten, damit noch mehr Universitäten und Forschungseinrichtungen in den Genuss der Exzellenzmittel kommen.

Das verwundert nicht. Ist doch Mecklenburg-Vorpommern neben Sachsen-Anhalt und Brandenburg eines der wenigen Bundesländer, die im Rahmen der Exzellenzförderung seit dem Jahr 2005 noch nicht zum Zuge gekommen sind, und das obwohl ungefähr die Hälfte aller deutschen Universitäten (37) wenigstens schon einmal exzellent war. Auch der Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt, möchte möglichst viele Universitäten mit möglichst vielen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vernetzt sehen.

Dabei ist die Exzellenzforderung nicht nur im Südwesten an großen Einrichtungen konzentriert, sie ist auch eindeutig naturwissenschafts- und techniklastig. Daran rütteln will aber keine:r. Professor Alt hofft allein über eine stärkere Berücksichtigung der Interdisziplinarität bei der Auswahl von Anträgen den Exzellenzgeldspeicher für Geistes- und Sozialwissenschaften anzapfen zu können, für Fachgebiete also, in denen Deutschland seit dem 19. Jahrhundert auf ein vorzeigbares und vorbildliches Renommee verweisen kann.

# inspective.

Dabei ist die Hoffnung kaum mehr als wohlfeil, werden doch die meisten interdisziplinären Anträge von der DFG-Jury abgelehnt, weil hochspezialisierte Fachwissenschaftler:innen ihr Fach oder gar ihren Lehrstuhl in solchen Anträgen nicht wiederfinden. Schon allein deshalb wäre es angebracht, dem Entscheidungsgremium aus der Wissenschaft Juror:innen aus Politik und Zivilgesellschaft zur Seite zu stellen. Am sinnvollsten wäre sogar, der letztgenannten Gruppierung die Entscheidung über zumindest einen Cluster ganz zu überlassen. Dann könnte die Expertise der Gutachter:innen besser verglichen werden.